



25.02.2010 | Nr. 054/10

Ursula Sassen: zu TOP 30: Drohenden Ärztemangel entschlossen begegnen

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist Redebeginn

Spätestens seit dem Versorgungsbericht der KVSH für das Jahr 2005 wurde deutlich, dass in Schleswig-Holstein ein Hausärztemangel droht. Dies hat der Versorgungsbericht 2009 nachdrücklich bestätigt, so dass der von der CDU initiierte Antrag der Großen Koalition vom 07. März 2006 nichts an Aktualität verloren und dieselben Fragen noch einmal gestellt werden könnten. Wirft man rückschauend einen Blick in den Bericht vom 19. April 2006 (Drs. 16/718), fällt auf, dass die damalige Landesregierung einen Schwerpunkt im weiteren Ausbau integrativer Versorgungsformen zur langfristigen Sicherstellung einer guten medizinischen Versorgung sah und auf positive Veränderungen mit der damals bevorstehenden Gesundheitsreform hoffte.

Der große Wurf blieb aus! Ärzteproteste folgten, und die politischen Rahmenbedingungen trugen nicht dazu bei, den Arztberuf attraktiver zu machen und junge Ärztinnen und Ärzte für Hausarztpraxen – insbesondere im ländlichen Raum – zu gewinnen.

In einem kurzfristigen Zeitraum von etwa 6 Jahren werden in Schleswig-Holstein 900 Hausärzte in den Ruhestand gehen. Bereits 22 % der hausärztlichen Mediziner in Schleswig-Holstein sind 60 Jahre und älter und werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand treten. Um größere Versorgungslücken zu vermeiden, müssten sich in den nächsten sechs Jahren daher rund 900 junge Ärzte entscheiden, eine Hausarztpraxis in Schleswig-Holstein zu übernehmen oder neu zu eröffnen. Bis 2012 müssten sich 400 Hausärzte niederlassen, um den Bedarf zu decken. Das ist nicht realisierbar und macht deutlich, vor welchem Problem wir stehen.

Von der CDU/FDP-Koalition auf Bundes- und Landesebene erwarten die Akteure im Gesundheitswesen eine deutliche Kurskorrektur in der Gesundheitspolitik.

Wir dürfen daher keine Zeit verlieren, diese einzuleiten, um dem Mangel niedergelassener Ärztinnen und Ärzte in Schleswig-Holstein wirkungsvoll zu begegnen und im Rahmen unserer Möglichkeiten diesbezüglich auch bundespolitisch Einfluss zu nehmen. Sicher wird nicht mehr Geld ins System fließen; daher ist eine größere Flexibilität innerhalb des bestehenden Systems erforderlich!

Wir begrüßen, dass die Landesregierung laut Koalitionsvertrag gemeinsam mit den Partnern der Selbstverwaltung eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten will, um eine qualitativ hochwertige, wirtschaftliche und wohnortnahe medizinische Versorgung zu erhalten.

Ich freue mich daher, dass die Landesregierung die Reform der Bedarfsplanung für Vertragsärzte mit dem Ziel der mittelfristigen Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung in Schleswig-Holstein vor allem auf dem Land unterstützen wird. Die Bedarfsplanung unterliegt einer verbindlichen Bundesrichtlinie und berücksichtigt weder die tatsächlichen noch die regionale Gegebenheiten. Das muss ich ändern! Wir brauchen und fordern mehr Freiraum für den regionalen Bedarf und weniger Einheitslösungen aus Berlin.

Wir setzen auf eine starke KVSH, auf Beteiligung anderer Kooperationspartner und auf die Erfahrungen effizienter Ärztenetzwerke in Schleswig-Holstein, um eine patientengerechte medizinische Behandlung in Stadt und Land gewährleisten zu können. Wir unterstützen die Entscheidung der Landesregierung, in Schleswig-Holstein eine Modellregion zur Einzelleistungsvergütung der Ärztinnen und Ärzte zu implementieren. Die Entwicklung dieses Modells liegt zunächst bei der KV und bedarf der Zustimmung der Landesregierung als Aufsichtsbehörde, wobei die eventuelle Beteiligung anderer Aufsichtsbehörden noch offen ist.

Hausarztsitze in der Fläche dürfen nicht verloren gehen oder von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) aufgekauft werden. Die niedergelassenen Ärzte garantieren ein Stück Lebensqualität in ländlichen Regionen. Wir können es uns nicht leisten, in der Diskussion um eine flächendeckende medizinische Versorgung Kooperationspartner auszuschließen. Daher appelliere ich an alle Akteure im Gesundheitswesen, lassen Sie uns gemeinsame Sache machen in Schleswig-Holstein – für unsere Patientinnen und Patienten.

Die ersten positiven Ergebnisse erwarten wir im Bericht der Landesregierung in der 7. Tagung.